

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 2347

[C — 2004/33036]

29. MÄRZ 2004 — Dekret zur Änderung des Dekrets über die Kontrolle der Mitteilungen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Regelung der Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Der Titel des Dekrets vom 7. April 2003 über die Kontrolle der Mitteilungen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Dekret zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft»

Art. 2 - Im selben Dekret wird vor Artikel 1 ein Kapitel I mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Kapitel I – *Allgemeine Bestimmungen*»

Das Kapitel I umfasst die Artikel 1 - 3.

Art. 3 - Artikel 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Die Nummer 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt: «1. Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft: alle Mitteilungen und Informationskampagnen der Regierung, eines bzw. mehrerer ihrer Mitglieder und des Präsidenten des Rates, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, zu denen sie nicht aufgrund einer gesetzlichen oder verwaltungsmäßigen Bestimmung verpflichtet sind und die direkt oder indirekt durch öffentliche Mittel finanziert sind;»

2. Nummer 2 wird durch folgende Bestimmung ergänzt:

«Als Komponenten einer politischen Partei gelten Einrichtungen, Vereinigungen, Gruppierungen und regionale Gliederungen einer politischen Partei - ungeachtet ihrer Rechtsform -, die unmittelbar mit dieser politischen Partei verbunden sind, und zwar:

- Studiendienste,
- wissenschaftliche Einrichtungen,
- Einrichtungen für politische Bildung,
- Produzenten konzessionierter politischer Sendungen,
- die in Artikel 22 des Gesetzes vom 4. Juli 1989 erwähnte Einrichtung,
- Gliederungen auf Ebene der Bezirke und/oder Wahlkreise für die Wahlen der Föderalen Kammern und der Gemeinschafts- und Regionalräte,
- politische Fraktionen in den Föderalen Kammern, Gemeinschafts- und Regionalräten und Provinzialräten und Einrichtungen, die als Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sind und die die Dotationen oder Subventionen erhalten, die diese Versammlungen den politischen Parteien oder politischen Fraktionen bewilligen.»

3. Folgende Nummern werden hinzugefügt:

«3. das Gesetz vom 31. Dezember 1983: das Gesetz über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

4. das Gesetz vom 4. Juli 1989: das Gesetz über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen der Föderalen Kammern und über die Finanzierung und die offene Buchführung der politischen Parteien;

5. das Gesetz vom 19. Mai 1994: das Gesetz zur Regelung der Wahlkampagne sowie zur Einschränkung und Erklärung der Wahlausgaben für die Wahlen des Wallonischen Regionalrates, des Flämischen Rates, des Rates der Region Brüssel-Hauptstadt und des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie zur Festlegung des Kriteriums zur Kontrolle der offiziellen Mitteilungen der öffentlichen Behörden;

6. Rat: der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

7. Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft»

Art. 4 - In Artikel 2 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge «zur Kontrolle der Regierungsmitteilungen der Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft» durch die Wortfolge «zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft» ersetzt.

In Artikel 2 desselben Dekrets wird zwischen den Absätzen 2 und 3 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen werden alle Beschlüsse des Kontrollausschusses mit der absoluten Stimmenmehrheit gefasst.»

Art. 5 - Im neuen Kapitel I wird ein Artikel 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 3 - Der Kontrollausschuss legt seine Geschäftsordnung fest, die im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht wird.»

Art. 6 - In dasselbe Dekret wird ein Kapitel II mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Kapitel II - Kontrolle der Wahlausgaben»

Das Kapitel II umfasst die Artikel 4 - 7.

Art. 7 - Im neuen Kapitel II wird ein Artikel 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 4 - Der Kontrollausschuss ist mit der Kontrolle der Wahlausgaben gemäß Artikel 44 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 beauftragt.

Er kann sich dabei durch den Rechnungshof beraten lassen.»

Art. 8 - Im neuen Kapitel II wird ein Artikel 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 5 - § 1 - Nach Untersuchung der Berichte und der eingereichten Bemerkungen entscheidet der Kontrollausschuss spätestens neunzig Tage nach Erhalt der Berichte unter Beachtung des Rechts auf Verteidigung über die Richtigkeit und die Vollständigkeit der Berichte.

Zu diesem Zweck kann der Kontrollausschuss alle zusätzlichen Informationen anfordern, die zur Erfüllung seiner Aufgabe notwendig sind.

§ 2 - Im Schlussbericht des Kontrollausschusses wird zumindest Folgendes angegeben:

1. pro politische Partei der Gesamtbetrag der Wahlausgaben zugunsten dieser Partei sowie der Gesamtbetrag der Wahlausgaben zugunsten jeder Liste, der Gesamtbetrag der Ausgaben für alle Kandidaten dieser Liste und individuell für jeden Gewählten,

2. jeder Verstoß gegen die Bestimmungen der Artikel 2 und 5 des Gesetzes vom 19. Mai 1994.

§ 3 - Der Präsident des Rates übermittelt den Schlussbericht des Kontrollausschusses unverzüglich den Diensten des Belgischen Staatsblatts, die ihn innerhalb von dreißig Tagen nach Erhalt in den Anlagen des *Belgischen Staatsblatts* veröffentlichen.»

Art. 9 - Im neuen Kapitel II wird ein Artikel 6 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 6 - In folgenden Fällen verlieren die Fraktion oder die Ratsmitglieder, die die betreffende politische Partei im Rat vertreten, während eines Zeitraums, dessen Dauer der Kontrollausschuss festlegt und der nicht weniger als einen und nicht mehr als vier Monate betragen darf, das Anrecht auf die vom Rat gewährte finanzielle Unterstützung der Fraktions- oder Ratsarbeit mit Ausnahme der Gehaltszulagen:

1. bei Verstoß gegen das in Artikel 5 § 1 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 vorgesehene Verbot,
2. bei Überschreitung des in Artikel 2 § 1 Absatz 2 Nr. 3 desselben Gesetzes vorgesehenen zugelassenen Höchstbetrages,
3. bei Nichtbeachtung der in Artikel 6 desselben Gesetzes angeführten Verpflichtungen,
4. bei Tätigkeit von Ausgaben oder Verbindlichkeiten für Wahlwerbung, ohne diese beim Vorsitzenden des Hauptwahlvorstandes anzugeben.»

Art. 10 - Im neuen Kapitel II wird ein Artikel 7 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 7 - Die aufgrund von Artikel 5 § 1 Absatz 1 und § 2, aufgrund von Artikel 6 des vorliegenden Dekrets sowie aufgrund von Artikel 10 §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 getroffenen Beschlüsse gelten nur dann als angenommen, wenn sie mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten haben und mindestens zwei Drittel der Ausschussmitglieder anwesend waren.»

Art. 11 - In dasselbe Dekret wird ein Kapitel III mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Kapitel III - Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft»

Das Kapitel III umfasst den Artikel 8.

Art. 12 - In Artikel 3 desselben Dekrets, der zu Artikel 8 wird, werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Im § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge «im Artikel 1 angeführten Regierungsmitteilungen» durch die Wortfolge «im Artikel 1 angeführten Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft» ersetzt.

2. Im § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge «oder eines beziehungsweise mehrere ihrer Mitglieder, die eine im § 1 erwähnte Regierungsmitteilung herausgeben möchten» durch die Wortfolge «eines beziehungsweise mehrere ihrer Mitglieder und der Präsident des Rates, die eine im § 1 erwähnte Mitteilung herausgeben möchten» ersetzt.

3. In § 2 Absatz 2, § 3 Absätze 2 und 3 sowie § 4 Absätze 1 und 6 wird das Wort «Regierungsmitteilung» durch das Wort «Mitteilung» ersetzt.

4. Im § 2 Absatz 4 wird die Wortfolge «wenn die Regierungsmitteilung ganz oder teilweise auf die Stärkung des persönlichen Images eines bzw. mehrerer Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder des Images einer politischen Partei abzielt «durch die Wortfolge «wenn das in Artikel 12 § 2 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 angeführte Kriterium erfüllt ist «ersetzt.

5. Im § 3 Absatz 1 wird das Wort «Regierungsmitteilung» durch die Wortfolge «im § 1 erwähnte Mitteilung» ersetzt.

6. Im § 4 Absatz 1 wird die Wortfolge «wenn die Regierungsmitteilung auf die Stärkung des persönlichen Images eines bzw. mehrerer Mitglieder der Regierung oder des Images einer politischen Partei abzielt «durch die Wortfolge «wenn das in Artikel 12 § 2 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 angeführte Kriterium in Bezug auf eine in § 1 erwähnte Mitteilung erfüllt ist»ersetzt.

7. Im § 4 wird Absatz 4 aufgehoben.

Art. 13 - Artikel 4 desselben Dekrets ist aufgehoben.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 29. März 2004

K.-H. LAMBERTZ,

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

B. GENTGES,

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus

H. NIESSEN,

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

—————
Fußnoten

(1) *Sitzungsperiode 2003-2004*

Dokumente des Rates. — Dekretvorschlag, Nr. 159/1 — Abänderungsvorschläge, Nr. 159/2 — Bericht, Nr. 159/3. *Ausführlicher Bericht* — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 29. März 2004.

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 2347

[C — 2003/33036]

29 MARS 2004. — **Décret modifiant le décret visant le contrôle des communications du Gouvernement de la Communauté germanophone en vue de réglementer le contrôle des dépenses électorales engagées pour l'élection du Conseil (1)**

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. L'intitulé du décret du 7 avril 2003 visant le contrôle des communications du Gouvernement de la Communauté germanophone est remplacé par l'intitulé suivant :

« Décret visant le contrôle des dépenses électorales engagées pour l'élection du Conseil ainsi que des communications des autorités publiques de la Communauté germanophone »

Art. 2. Dans le même décret, il est inséré avant l'article 1^{er} un chapitre I^{er}, intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er}. — Dispositions générales »

Le chapitre I^{er} comprend les articles 1 à 3.

Art. 3. L'article 1^{er} du même décret est modifié comme suit :

1° le point 1° est remplacé comme suit :

« 1° communications des autorités publiques de la Communauté germanophone : toutes les communications et campagnes d'information du Gouvernement, d'un ou de plusieurs de ses membres et du Président du Conseil, destinées au public, auxquelles ils ne sont pas tenus en vertu d'une disposition légale ou administrative et qui sont financées directement ou indirectement par des fonds publics; »

2° le point 2° est complété par la disposition suivante :

« Sont considérés comme composantes d'un parti politique, les organismes, associations, groupements et entités régionales d'un parti politique, quelle que soit leur forme juridique, qui sont directement liés à ce parti, à savoir :

— les services d'études;

— les organismes scientifiques;

— les instituts de formation politique;

— les producteurs d'émissions politiques concédées;

— l'institution visée à l'article 22 de la loi du 4 juillet 1989;

— les entités constituées au niveau des arrondissements et/ou des circonscriptions électorales pour les élections des chambres fédérales et des conseils de Communauté et de Région;

— les groupes politiques des Chambres fédérales, des Conseils de communauté et de région et des conseils provinciaux, et les institutions, créées sous la forme d'une association sans but lucratif, qui perçoivent les dotations ou les subventions octroyées par ces assemblées aux partis politiques ou aux groupes politiques. »

3° les points suivants sont insérés :

« 3° la loi du 31 décembre 1983 : la loi de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone;

4° la loi du 4 juillet 1989 : la loi relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections des Chambres fédérales, ainsi qu'au financement et à la comptabilité ouverte des partis politiques;

5° la loi du 19 mai 1994 : la loi relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour les élections du Conseil de la Région wallonne, du Conseil flamand, du Conseil de la Région de Bruxelles-Capitale et du Conseil de la Communauté germanophone;

6° Conseil : le Conseil de la Communauté germanophone;

7° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone. »

Art. 4. Dans l'article 2, alinéa 1^{er}, du même décret, le passage « afin de contrôler les communications gouvernementales des membres du Gouvernement de la Communauté germanophone » est remplacé par le passage « afin de contrôler les dépenses électorales engagées pour l'élection du Conseil ainsi que les communications des autorités publiques de la Communauté germanophone ».

Dans l'article 2 du même décret, il est inséré entre les alinéas 2 et 3 un nouvel alinéa, rédigé comme suit :

« Sous réserve de dispositions contraires, toutes les décisions de la commission de contrôle sont prises à la majorité absolue des voix. »

Art. 5. Dans le nouveau chapitre I^{er}, il est inséré un article 3, rédigé comme suit :

« Article 3. La commission de contrôle arrête son règlement d'ordre intérieur, lequel est publié au *Moniteur belge*. »

Art. 6. Dans le même décret, il est inséré un chapitre II intitulé comme suit :

« Chapitre II. — Contrôle des dépenses électorales »

Le chapitre II comprend les articles 4 à 7.

Art. 7. Dans le nouveau chapitre II, il est inséré un article 4, rédigé comme suit :

« Article 4. La commission de contrôle est chargée de contrôler les dépenses électorales conformément à l'article 44 de la loi du 31 décembre 1983.

Elle peut se faire conseiller par la Cour des comptes. »

Art. 8. Dans le nouveau chapitre II, il est inséré un article 5, rédigé comme suit :

« Article 5. § 1. Après avoir examiné les rapports et les remarques formulées et au plus tard dans les nonante jours suivant réception desdits rapports, la commission de contrôle statue sur leur exactitude et leur exhaustivité dans le respect des droits de la défense.

A cet effet, la commission de contrôle peut requérir toute information complémentaire nécessaire à l'accomplissement de sa mission.

§ 2. Le rapport final de la commission de contrôle mentionne au moins :

1° par parti politique, le montant total des dépenses électorales engagées pour ce parti, le montant total des dépenses électorales engagées pour chaque liste ainsi que le montant total des dépenses engagées pour tous les candidats de cette liste et pour chaque élu séparément;

2° toute infraction aux dispositions des articles 2 et 5 de la loi du 19 mai 1994.

§ 3. Le président du Conseil transmet sans délai le rapport final de la commission de contrôle aux services du *Moniteur belge* qui le publie dans les annexes du *Moniteur belge* dans les trente jours de la réception. »

Art. 9. Dans le nouveau chapitre II, il est inséré un article 6, rédigé comme suit :

« Article 6. Pendant une période fixée par la commission de contrôle et qui ne peut être inférieure à un mois ni supérieure à quatre mois, le groupe politique ou les conseillers représentant le parti politique concerné au sein du Conseil perdent le droit aux aides financières allouées par le Conseil pour le travail parlementaire, à l'exception des allocations de traitement, s'ils

1° contreviennent à l'interdiction visée à l'article 5, § 1^{er}, de la loi du 19 mai 1994;

2° dépassent le montant maximal consenti par l'article 2, § 1^{er}, alinéa 2, 3°, de la même loi;

3° ne respectent pas les engagements énoncés dans l'article 6 de la même loi;

4° font des dépenses ou prennent des engagements en matière de propagande électorale sans en aviser le président du bureau principal concerné. »

Art. 10. Dans le nouveau chapitre II, il est inséré un article 7, rédigé comme suit :

« Article 7. Les décisions prises en vertu de l'article 5, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, de l'article 6 du présent décret ainsi que de l'article 10, §§ 2 et 3 de la loi du 19 mai 1994 ne sont réputées approuvées que si elles ont reçu au moins deux tiers des suffrages émis et qu'au moins deux tiers des membres de la Commission étaient présents. »

Art. 11. Dans le même décret, il est inséré un chapitre III, intitulé comme suit :

« Chapitre III. — Contrôle des communications des autorités publiques de la Communauté germanophone »

Le chapitre III comprend l'article 8.

Art. 12. L'article 3 du même décret, qui devient l'article 8, est modifié comme suit :

1° au § 1^{er}, alinéa 1, le passage « les communications gouvernementales visées à l'article 1^{er} » est remplacé par le passage « les communications des autorités publiques de la Communauté germanophone visées à l'article 1^{er} »;

2° au § 2, alinéa 1, le passage « ou un ou plusieurs de ses membres qui souhaitent lancer une communication gouvernementale visée au § 1^{er} » est remplacé par le passage « ou un ou plusieurs de ses membres et le président du Conseil qui souhaitent lancer une communication visée au § 1^{er} »;

3° aux § 2, alinéa 2, § 3, alinéas 2 et 3 et § 4, alinéas 1^{er} et 6, les mots « communication gouvernementale » sont remplacés par le mot « communication ».

4° au § 2, alinéa 4, le passage « dans le cas où la communication gouvernementale vise, en tout ou en partie, la promotion de l'image personnelle d'un ou de plusieurs membres du Gouvernement de la Communauté germanophone ou la promotion de l'image d'un parti politique » est remplacé par le passage « lorsque le critère visé à l'article 12, § 2, de la loi du 19 mai 1994 est rempli »;

5° au § 3, alinéa 1^{er}, les mots « communication gouvernementale » sont remplacés par les mots « communication visée au § 1^{er} »;

6° au § 4, alinéa 1^{er}, le passage « Dans le cas où la communication gouvernementale vise à promouvoir l'image personnelle d'un ou plusieurs membres du Gouvernement ou à promouvoir l'image d'un parti politique » est remplacé par le passage « Lorsque le critère visé à l'article 12, § 2, de la loi du 19 mai 1994, portant sur une communication visée au § 1^{er}, est rempli »;

7° au § 4, l'alinéa 4 est abrogé.

Art. 13. L'article 4 du même décret est abrogé.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au Moniteur Belge.

Donné à Eupen le 29 mars 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés,
des Médias et des Sports

B. GENTGES,

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme

H. NIESSEN,

Ministre de la Jeunesse et de la Famille,
de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales

Notes

(1) *Session 2004-2004.*

Documents du Conseil. — Proposition de décret, n° 159/1. — Proposition d'amendement, n° 159/2. — Rapport, n° 159/3.

Rapport intégral. — Discussion et vote. Séance du 29 mars 2004.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 2347

[C — 2003/33036]

29 MAART 2004. — Decreet tot wijziging van het decreet betreffende het toezicht op de mededelingen van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap met het oog op de regeling van het toezicht op de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de raad (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Het opschrift van het decreet van 7 april 2003 betreffende het toezicht op de mededelingen van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap wordt vervangen door het volgende opschrift :

« Decreet betreffende het toezicht op de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Raad en op de mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap »

Art. 2. In hetzelfde decreet wordt vóór artikel 1 een hoofdstuk I ingevoegd, luidend als volgt :

« Hoofdstuk I - Algemene bepalingen »

Hoofdstuk I omvat de artikelen 1 tot 3.

Art. 3. Artikel 1 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° punt 1° wordt vervangen als volgt :

« 1° mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap : alle mededelingen en informatiecampagnes van de Regering, van één of meerdere van haar leden en van de voorzitter van de Raad, ten behoeve van de bevolking, waaraan zij niet gebonden zijn krachtens een wettelijke of administratieve bepaling en die rechtstreeks of onrechtstreeks gefinancierd worden met overheidsgeld;

2° punt 2° wordt aangevuld door de volgende bepaling :

« Worden beschouwd als componenten van een politieke partij, de instellingen, verenigingen, groeperingen en regionale entiteiten van een politieke partij, ongeacht hun rechtsvorm, die rechtstreeks verbonden zijn met die politieke partij, met name :

— de studiediensten;

— de wetenschappelijke instellingen;

— de politieke vormingsinstellingen;

— de politieke omroepverenigingen;

— de instelling bedoeld in artikel 22 van de wet van 4 juli 1989;

— de entiteiten georganiseerd op het niveau van de arrondissementen en/of van de kieskringen voor de verkiezingen van de federale Kamers en de Gemeenschaps- en Gewestraden;

— de politieke fracties van de federale Kamers en de Gemeenschaps- en Gewestraden en de provincieraden en de instellingen, opgericht in de vorm van een vereniging zonder winstoogmerk, die de door deze assemblees aan de politieke partijen of politieke fracties toegekende dotaties of subsidies ontvangen. » ;

3° de volgende punten worden ingevoegd :

« 3° de wet van 31 december 1983 : de wet tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;

4° de wet van 4 juli 1989 : de wet betreffende de beperking en de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezingen van de federale Kamers, de financiering en de open boekhouding van de politieke partijen;

5° de wet van 19 mei 1994 : de wet betreffende de beperking en de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Vlaamse Raad, de Waalse Gewestraad, de Brusselse Hoofdstedelijke Raad en de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;

6° Raad : de Raad van de Duitstalige Gemeenschap;

7° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap. »

Art. 4. In artikel 2, lid 1, van hetzelfde decreet wordt de passus « om het toezicht op de regeringsmededelingen der leden van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap uit te oefenen » vervangen door de passus « om het toezicht op de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Raad en op de mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap, uit te oefenen ».

In artikel 2 van hetzelfde decreet wordt tussen de leden 2 en 3 een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Behoudens andersluidende bepalingen worden alle beslissingen van de toezichtscommissie bij volstreekte meerderheid der stemmen genomen. »

Art. 5. In het nieuwe hoofdstuk I wordt een artikel 3 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 3. De toezichtscommissie stelt haar huishoudelijk reglement op dat in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt. »

Art. 6. In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk II ingevoegd, luidend als volgt :

« Hoofdstuk II. — Toezicht op de verkiezingsuitgaven »

Hoofdstuk II omvat de artikelen 4 tot 7.

Art. 7. In het nieuwe hoofdstuk II wordt een artikel 4 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 4. De toezichtscommissie is ermee belast de verkiezingsuitgaven overeenkomstig artikel 44 van de wet van 31 december 1983 te controleren.

Ze kan zich laten adviseren door het Rekenhof. »

Art. 8. In het nieuwe hoofdstuk II wordt een artikel 5 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 5. § 1. Na onderzoek van de verslagen en van de ingediende opmerkingen doet de toezichtscommissie ten laatste negentig dagen na ontvangst van deze verslagen uitspraak over de juistheid en de volledigheid ervan, met inachtneming van de rechten van de verdediging.

Te dien einde kan de toezichtscommissie alle bijkomende inlichtingen vorderen die noodzakelijk zijn om haar opdracht te vervullen.

§ 2. Het eindverslag van de toezichtscommissie vermeldt ten minste :

1° per politieke partij, het totaalbedrag van de verkiezingsuitgaven ten voordele van die partij, het totaalbedrag van de verkiezingsuitgaven ten voordele van elke lijst alsmede het totaalbedrag van de uitgaven voor alle kandidaten van deze lijst en voor elke gekozen afzonderlijk;

2° elke overtreding van de bepalingen van de artikelen 2 en 5 van de wet van 19 mei 1994.

§ 3. De voorzitter van de Raad stuurt het eindverslag van de toezichtscommissie onmiddellijk naar de diensten van het *Belgisch Staatsblad* die het uiterlijk dertig dagen na ontvangst in de bijlagen van het *Belgisch Staatsblad* bekendmaken. »

Art. 9. In het nieuwe hoofdstuk II wordt een artikel 6 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 6. Tijdens een periode bepaald door de toezichtscommissie en die ten minste twee en ten hoogste vier maanden duurt, verliezen de politieke fractie en de raadsleden die de betrokken partij in de Raad vertegenwoordigen het recht op de door de Raad toegekende financiële hulp m.b.t. de parlementaire werkzaamheden, met uitzondering van de weddetoelagen, indien ze :

1° de verbodsbepaling overtreden, bedoeld in artikel 5, § 1, van de wet van 19 mei 1994;

2° het maximumbedrag overschrijden dat door artikel 2, § 1, lid 2, 3°, van dezelfde wet wordt toegestaan;

3° de verplichtingen vermeld in artikel 6 van dezelfde wet niet nakomen;

4° uitgaven doen of verbintenissen aangaan voor verkiezingspropaganda zonder die aan de voorzitter van het betreffende hoofdbureau mee te delen. »

Art. 10. In het nieuwe hoofdstuk II wordt een artikel 7 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 7. De beslissingen genomen op grond van artikel 5, § 1, lid 1, en § 2, van artikel 6 van dit decreet en van artikel 10, §§ 2 en 3, van de wet van 19 mei 1994, worden pas als aangenomen beschouwd, indien ze ten minste twee derden van de uitgebrachte stemmen hebben verkregen en als ten minste twee derden van de commissieleden aanwezig waren. »

Art. 11. In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk III ingevoegd, luidend als volgt :

« Hoofdstuk III. — Toezicht op de mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap. »

Hoofdstuk III omvat artikel 8.

Art. 12. Artikel 3 van hetzelfde decreet, dat artikel 8 wordt, wordt gewijzigd als volgt :

1° in § 1, lid 1, wordt de passus « regeringsmededelingen bedoeld in artikel 1 » vervangen door de passus « mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap bedoeld in artikel 1 »;

2° in § 2, lid 1, wordt de passus « of één of meerdere van haar leden die een mededeling zoals bedoeld in paragraaf 1 wensen te doen » vervangen door de passus « of één of meerdere van haar leden en de voorzitter van de Raad die een mededeling zoals bedoeld in paragraaf 1 wensen te doen »;

3° in § 2, lid 2, § 3, leden 2 en 3 en in § 4, leden 1 en 6, wordt het woord « regeringsmededeling » vervangen door het woord « mededeling »;

4° in § 2, lid 4, wordt de passus « als de regeringsmededeling er geheel of ten dele toe strekt het persoonlijk imago van één of meerdere leden van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap of het imago van een politieke partij te verbeteren » vervangen door de passus « als het criterium bedoeld in artikel 12, § 2, van de wet van 19 mei 1994 wordt vervuld »;

5° in § 3, lid 1, wordt het woord « regeringsmededeling » vervangen door de woorden « mededeling zoals bedoeld in § 1 »;

6° in § 4, lid 1, wordt de passus « Als de mededeling of de informatiecampagne ertoe strekt het persoonlijk imago van één of meerdere regeringsleden of het imago van een politieke partij te verbeteren » vervangen door de passus « Als het criterium bedoeld in artikel 12, § 2, van de wet van 19 mei 1994 dat betrekking heeft tot een in § 1 vermelde mededeling wordt vervuld »;

7° in § 4 wordt lid 4 opgeheven. »

Art. 13. Artikel 4 van hetzelfde decreet is opgeheven.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Gegeven te Eupen op 29 maart 2004.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme

H. NIESSEN,

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

Nota's

(1) *Zitting 2003-2004.*

Bescheiden van de Raad. — Voorstel van decreet, nr. 159/1. — Voorstellen tot wijziging, nr. 159/2. — Verslag, nr. 159/3.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Zitting van 29 maart 2004.